

Der Schwerverkehr sowie der Zweirad-Motorfahrzeugverkehr sind so bedeutende Schadstoffquellen, dass es unverantwortlich ist, mit der Festsetzung der Emissionsgrenzwerte zuzuwarten.

Die Uebernahme der US-Emissionsvorschriften für alle Fahrzeugkategorien ist auch im Hinblick auf eine möglichst weitgehende internationale Vereinheitlichung derartiger Vorschriften zweckmässig. Nicht zuletzt wird damit die Arbeit der Automobilindustrie erleichtert.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 9. Dezember 1985.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 9 décembre 1985

Bei dem erwähnten Konzept handelt es sich nicht um «Empfehlungen der Vereinigung der Strassenverkehrsämter (VSA)», sondern um ein Arbeitspapier, das mit Genehmigung des Vorstandes vom Vertreter der VSA in der Arbeitsgruppe Autoabgase bei deren Präsidenten eingereicht wurde.

Dieses Konzept lässt sich in der vorgelegten Fassung nicht verwirklichen. Es werden darin mehr oder weniger willkürlich bestehende, nicht rechtskräftige und neue, in ihren Auswirkungen noch unbekannte Grenzwerte mit den unterschiedlichen Prüfverfahren und Fahrzeugkategorien vermischt. Die Auswirkungen solcher Vorschriften sind kaum abschätzbar.

Lieferwagen, Kleinbusse und Geländefahrzeuge werden in Europa erst vereinzelt mit Katalysatoren angeboten. Ob sie – wie in der Eingabe verlangt – die US-Grenzwerte für Personenwagen erfüllen können, ist fraglich. Für diese Fahrzeuge bestehen auch in den USA besondere Vorschriften mit weniger strengen Grenzwerten.

Abgasmessungen für schwere Motorwagen werden in den USA am ausgebauten Motor nach einem sonst nirgends angewandten Prüfverfahren auf einem rechnergesteuerten Motorenprüfstand vorgenommen. Andere Staaten haben bisher nicht die Absicht bekundet, diese US-Vorschrift zu übernehmen. Die Prüfung der Motoren nach diesem Verfahren ist in Europa bis heute nur an etwa zwei oder drei Orten möglich. Die Kosten für einen derartigen Prüfstand werden auf rund 6,5 Mio. Franken geschätzt. Die Anlage wäre frühestens nach drei Jahren einsatzbereit (Lieferfrist und Einführungszeit).

Europäische Lastwagenhersteller liefern praktisch keine Fahrzeuge nach den USA. Umgekehrt trifft man in Europa auch fast keine in den USA hergestellten Lastwagen. Anders als bei den Personenwagen könnten die europäischen Hersteller kaum an unsere Verhältnisse angepasste US-Fahrzeuge anbieten. Es kann nicht damit gerechnet werden, dass allein für den sehr kleinen Schweizer Markt Spezialausführungen entwickelt und produziert würden.

Für Motorräder und Motorfahrräder sollen laut dem Konzept bekannte bzw. bereits in Kraft stehende Vorschriften, jedoch mit schärferen Grenzwerten, eingeführt werden. Die vorgeschlagenen Grenzwerte für Motorräder scheinen willkürlich gewählt, ohne Rücksicht auf mögliche Auswirkungen. Für Mofas werden keine Grenzwerte vorgeschlagen.

Das Konzept ist in der vorliegenden Form nicht durchführbar. Der Bundesrat hat mit seinem Beschluss vom 21. November 1984 (Massnahmen gegen das Waldsterben) sein Programm zur Verschärfung der Abgasvorschriften mit einer ähnlichen Zielsetzung festgelegt. In der Zwischenzeit hat er ausserdem in verschiedenen Stellungnahmen zu entsprechenden parlamentarischen Vorstössen über den Stand der Dinge informiert.

Das Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) ist beauftragt, die neuen Vorschriften auszuarbeiten. Wo noch grundsätzliche Abklärungen erforderlich sind, wurden die kompetentesten Fachstellen der Schweiz (ETH Zürich und EMPA Dübendorf) beauftragt, diese raschmöglichst vorzunehmen und Bericht zu erstatten.

Der Bundesrat wird die neuen Vorschriften erlassen, so bald die nötigen Abklärungen vorliegen. Als ersten Schritt hat er am 16. September 1985 neue Abgasvorschriften auf der Basis der US-Vorschriften für Personenwagen und leichte

Nutzfahrzeuge mit Benzin- und Dieselmotoren erlassen, die ab 1. Oktober 1987 bzw. 1. Oktober 1988 gelten werden. Wann die übrigen Vorschriften in Kraft treten können und was sie im Detail enthalten werden, steht dagegen noch nicht fest.

Präsident: Die Interpellantin ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und möchte eine Erklärung abgeben.

Frau Mauch: In der Antwort des Bundesrates auf meine Interpellation wird der Vereinigung der Strassenverkehrsämter mehr oder weniger unterschoben, sie hätte in bezug auf Abgasvorschriften für Motorfahrzeuge keine Ahnung. Ich empfinde diesen Ton gegenüber diesen Fachleuten, die seit Jahren an vorderster Front sehr wertvolle Arbeit bei der Abgasverminderung leisten, als ausgesprochen unfreundlich. Ich weiss nicht, welche alten Rechnungen hier zu begleichen sind, wage aber anzunehmen, dass Frau Bundesrätin Kopp mit einer solchen Antwort aus dem EJPD auch nicht zufrieden gewesen wäre, wie ich mich ausdrücklich auch nicht als befriedigt erklären kann.

85.517

**Interpellation Meyer-Bern
Bundesverfassung. Revision
Interpellation Meyer-Berne
Constitution fédérale. Révision.**

Wortlaut der Interpellation vom 21. Juni 1985

Die seinerzeit mit viel Enthusiasmus an die Hand genommene Revision der Bundesverfassung ist in der Zwischenzeit stecken geblieben. Dabei war weitherum unbestritten, dass die heute gültige BV den aktuellen Staatsentwicklungen nicht mehr gerecht wird.

In der Zwischenzeit haben die beiden Staatsrechtsprofessoren Alfred Kölz und Jörg Paul Müller einen verbesserten Entwurf ausgearbeitet.

Ich frage den Bundesrat an:

1. Wie weit sind die Vorarbeiten für die neue BV gediehen? Welches sind die umstrittenen Punkte? Von welcher Seite kommen vor allem die Widerstände?
2. Teilt der Bundesrat nach wie vor die Auffassung, dass es im Landesinteresse liegt, eine auf die heutige Problemlage zugeschnittene Grundreform unseres Verfassungsrechtes anzustreben?
3. Ist der Bundesrat allenfalls bereit, den Vorschlag Kölz/Müller in die weitere Bearbeitung mit einzubeziehen?

Texte de l'interpellation du 21 juin 1985

La révision de la constitution fédérale, qui avait été entreprise avec beaucoup d'enthousiasme, n'a guère fait de progrès depuis un certain temps. Pourtant, il est généralement admis que la constitution en vigueur n'est plus adaptée à l'évolution politique actuelle.

Depuis la présentation d'un projet de constitution, les professeurs Alfred Kölz et Jörg Paul Müller, spécialistes en droit constitutionnel, ont élaboré une version améliorée.

Dans ces conditions, je pose les questions suivantes au Conseil fédéral:

1. Quel est l'état d'avancement des travaux préparatoires en la matière? Quels sont les points litigieux? Qui fait surtout opposition?
2. Le Conseil fédéral estime-t-il encore qu'une refonte de notre droit constitutionnel prenant en considération les problèmes actuels serait dans l'intérêt du pays?
3. Est-il prêt, le cas échéant, à tenir compte, lors de travaux ultérieurs, du projet élaboré par les professeurs Kölz et Müller?

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 27. November 1985

Rapport écrit du Conseil fédéral du 27 novembre 1985

Am 6. November 1985 haben wir der Bundesversammlung einen ausführlichen Bericht zugeleitet. Darin legen wir die bisherigen Arbeiten dar, bejahen die Totalrevision der Bundesverfassung und erörtern das weitere Vorgehen. Wir erwarten von der Bundesversammlung, dass sie die Totalrevision dem Grundsatz nach beschliesse und uns beauftrage, ihr Botschaft und Entwurf zu einer neuen Verfassung zu unterbreiten.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

85.555

Interpellation Borel
Pachtstreitigkeiten. Schlichtungskommission
Conflicts entre propriétaires et fermiers.
Commissions de conciliation

Wortlaut der Interpellation vom 19. September 1985

1974 erwirbt Dieter Jenzer einen Bauernhof in Les Verrières (NE), den er der SCOP Joli-Mas, einem Zweig der Genossenschaft Longo Mai, verpachtet, deren Mitglied er ist. 1976 tritt er aus der Genossenschaft aus. Da ihm laut Gesetz untersagt ist, seinen Hof unmittelbar danach bereits zu diesem Zeitpunkt wieder zu verkaufen, gibt er der SCOP ein schriftliches Verkaufsversprechen. Später ändert er seine Meinung wieder. Sein Vater, Herold Jenzer, Psychiater, der seine Interessen wahrnimmt, kündigt den Vertrag auf Frühling 1986.

Aus folgenden zwei Hauptgründen beansprucht die Genossenschaft nun das Recht, den Hof von Joli-Mas weiter zu bewirtschaften:

1. Von den Pächtern wurden Investitionen gemacht, die den Anschaffungswert des Hofes übersteigen.
2. Es ist zu befürchten, dass beim Weggang der heutigen Pächter der Hof nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr im gesamten Umfang seiner Möglichkeiten bewirtschaftet wird. Daraufhin hat die SCOP ein Komitee gegründet, das sie in ihrer Angelegenheit unterstützt. Ausserdem hat sie ihre Absicht, den Betrieb um jeden Preis weiter zu bewirtschaften, bekräftigt.

Es ist weder das erste noch das letzte Mal, dass sich ein Landwirt weigert, eine Vertragskündigung zu akzeptieren, weil er sich in seinem guten Glauben getäuscht fühlt.

Ist der Bundesrat nicht der Auffassung, man sollte in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Berufsorganisationen Schlichtungskommissionen bilden, deren Aufgabe es wäre, zur Lösung derartiger Fälle beizutragen, die durch das Gesetz nur schwer zu lösen sind?

Texte de l'interpellation du 19 septembre 1985

En 1974, M. Dieter Jenzer achète un domaine agricole aux Verrières (NE). Il en confie le fermage à la SCOP Joli-Mas, branche de la Coopérative Longo Mai, dont il est membre. Il quitte cette coopérative en 1976. La loi lui interdisant de revendre aussi rapidement son domaine, il convient par écrit d'une promesse de vente avec la SCOP. Plus tard, il change d'avis, et son père, M. Herold Jenzer, psychiatre, qui a reçu mandat de défendre ses intérêts, signifie la résiliation du bail pour le printemps 1976.

La coopérative revendique le droit de continuer à exploiter le domaine de Joli-Mas pour deux raisons principales:

1. des investissements dépassant la valeur d'achat ont été faits par le fermier;
2. il est à craindre que le domaine ne soit plus exploité, du moins dans la totalité de ses possibilités, au départ des actuels fermiers.

La SCOP a organisé la fondation d'un comité de soutien à sa cause, et affirmé son intention de continuer coûte que coûte l'exploitation de Joli-Mas.

Ce n'est pas la première, ni la dernière fois qu'un fermier, se considérant comme surpris dans sa bonne foi, refuse de donner suite à une résiliation de bail. Le Conseil fédéral n'estimerait-il pas utile la création, en collaboration avec les organisations professionnelles intéressées, de commissions de conciliation chargées de favoriser la recherche d'une solution dans des cas aussi difficiles à régler par la loi?

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 13. November 1985

Rapport écrit du Conseil fédéral du 13 novembre 1985

Les conflits entre propriétaires et fermiers qui résultent d'un contrat de bail à ferme agricole, auxquels l'interpellateur se réfère, relèvent du droit privé. Selon le droit en vigueur, seul le juge civil est compétent pour les trancher. En vertu de l'article 64, 3e alinéa, de la constitution fédérale, l'organisation des tribunaux et de la procédure judiciaire appartient aux cantons.

A l'occasion de la procédure de consultation ouverte pour la loi fédérale sur le bail à ferme agricole, divers milieux ont exprimé le vœu que soient créées des commissions dites paritaires, c'est-à-dire des commissions composées à la fois de représentants des propriétaires et des fermiers. De telles commissions n'exerceraient toutefois pas simplement la fonction d'une autorité de conciliation mais seraient également dotées d'un pouvoir de décision.

Dans l'élaboration du projet et du message relatifs à la loi fédérale sur le bail à ferme agricole, le Conseil fédéral a dû se fonder sur le droit constitutionnel en vigueur; partant, il lui a été interdit dès l'abord de prévoir des commissions paritaires dotées d'un pouvoir de décision. Mais le Conseil fédéral n'a pas estimé indiqué pour autant de proposer des commissions qui n'aient qu'une fonction de conciliation. Il a préféré laisser aussi intactes que possible les compétences des cantons dans le domaine de la procédure, et il a spécialement indiqué son intention dans le message (cf. message du 11 novembre 1981, ch. 225.1, FF 1982 I, p. 307). Cette opinion a été confirmée dans les débats parlementaires relatifs à la loi fédérale sur le bail à ferme agricole qui viennent de prendre fin; il n'y a par conséquent pas lieu pour le Conseil fédéral de revenir sur la question des commissions de conciliation.

Les cantons sont naturellement libres tout comme avant d'instituer eux-mêmes de telles commissions.

A cet égard, le Département fédéral de justice et police attirera spécialement l'attention des cantons, avant l'entrée en vigueur de la loi fédérale sur le bail à ferme agricole, sur la possibilité qu'ils ont d'instituer des commissions paritaires. Le porte-parole du Conseil fédéral en a expressément donné l'assurance lors des débats parlementaires. Le Département de justice et police procédera comme promis dès que le délai de référendum fixé pour la loi fédérale sur le bail à ferme agricole sera arrivé à échéance sans avoir été utilisé.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

Interpellation Meyer-Bern Bundesverfassung. Revision

Interpellation Meyer-Bern Constitution fédérale. Révision.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.517
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.12.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2253-2254
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 985

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.